

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Mai 1953

23/J

Anfrage

der Abg. Machunze, Rainer, Grubhofer und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend die Einbeziehung der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen
 in die Kriegsopferversorgung.

-.-.-

Ende November fanden in Bonn Verhandlungen zwischen einer österreichischen und einer deutschen Delegation über die Versorgung der in Österreich bzw. Westdeutschland lebenden österreichischen bzw. deutschen Staatsangehörigen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz statt. Diese Verhandlungen bezogen sich auf die Gewährung von Heilbehandlung etc. an die betreffenden Staatsangehörigen.

Dem Vernehmen nach soll sich die deutsche Delegation damals bereit erklärt haben, auch über die Regelung der Kriegsopferversorgung der in Österreich lebenden Vertriebenen zu verhandeln. Die österreichischen Unterhändler mußten jedoch ein Eingehen auf solche Verhandlungen ablehnen, weil sie nicht mit den entsprechenden Vollmachten ausgestattet waren.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anfrages

1.) Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um eine Einbeziehung der in Österreich lebenden Vertriebenen in die Kriegsopferversorgung zu ermöglichen, besonders jener Personen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben?

2.) Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um mit der westdeutschen Bundesrepublik in Gegenseitigkeitsverhandlungen über eine Regelung der Kriegsopferversorgung der in Österreich lebenden Vertriebenen einzutreten?

-.-.-.-.-